

Klimakrise im Krisenklima

Krisenwahrnehmung und -empfindung von Jugendlichen

Die Klimakrise ist Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Neben der Verwertung von Arbeitskraft greift die kapitalistische Produktion auf die Natur und deren natürliche Ressourcen als wichtigste Quelle gesellschaftlichen Reichtums zu. Marx hatte dies frühzeitig beleuchtet: „Die Arbeit ist *nicht die Quelle alles Reichtums*. Die *Natur* ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“ (Marx, 1987 [1875], S. 15, H.i.O.) Neben der Ausbeutung von Arbeitskraft verwertet die kapitalistische Produktion von Gebrauchswerten natürliche Ressourcen und erzeugt Ausschüsse in einem Ausmaß, das die Lebensbedingungen auf dem Planeten grundlegend gefährdet. Der Prozess ökonomischer Wertschöpfung ist immer auch ein Prozess, der „zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx, 1962 [1867], S. 530) Vor allem die Verbrennung fossiler Brennstoffe in Verbindung mit der Rodung der Wälder hat zu einem drastischen Anstieg von Treibhausgasen in der Atmosphäre geführt, sodass die globale Temperatur inzwischen rund 1 °C über dem vorindustriellen Niveau liegt. Gleichzeitig hat sich der individuelle Konsum seit 1945 in einem ungeahnten Ausmaß ausgeweitet und trägt zur Belastung des Klimas bei (Leisewitz, 2019, S. 42). Die Auswirkungen des „ökologischen Imperialismus“ (Saito, 2016, S. 231) manifestieren sich heute in dem Abschmelzen von Gletschern und der Polkappen, der Zunahme von Überschwemmungen und Dürren, der Übersäuerung der Meere sowie dem Anstieg des Meeresspiegels. Die Große Koalition in Deutschland reagiert auf die ökologische Krise in neoliberaler Logik: Der politische *Modus Operandi* entspricht dabei der Kombination einer beständigen Externalisierung von Umweltkosten samt *marginaler* ökologischer wie sozialer Anpassungen und Zugeständnisse. Dies veranlasst zivilgesellschaftliche Akteure sowie soziale Bewegungen zunehmend zur empörten Interessenartikulation.

Am 20. August 2018 demonstrierte Greta Thunberg zum ersten Mal vor dem schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz. Seitdem erfuhr die Ökologiebewegung weltweit einen Aufschwung. Unter dem Motto „Fridays for Future“ (FFF) bildete sich eine global auftretende Jugendbewegung, die ihre Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit verstetigen konnte und bis zum „Lockdown“ der Corona-Krise freitags auf den Straßen für den Schutz des Klimas streikte. Die Klimakrise avancierte hierbei zur zentralen Arena politischer Auseinandersetzung und war vollends im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit angelangt

¹ Felizitas Freundt, Maren Hassan-Beik, Klara Oeser und Joshua Seger sind ebenfalls Teil des Forschungsteams. Vielen Dank an Ulrich Brinkmann und Daniel Behruzi für die Unterstützung im Forschungsprozess und die fruchtbaren Diskussionen.

(Z-Redaktion, 2020, S. 23). Zunächst wandte sich FFF an die Politik mit konkreten, auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützten Forderungen wie Einhaltung der Pariser Klimaziele und des 1,5 °C-Ziels, Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2035 auf Nettonull sowie gleichzeitige Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energieträger (Fridays for Future, 2020). Zudem mahnten FFF die Zivilgesellschaft, das individuelle Konsumverhalten klimagerecht anzupassen. „Inzwischen richten ihre Wortführer*innen ihre Anklage gezielter gegen ‚Politiker und Unternehmen aus dem Bereich fossiler Brennstoffe‘, verurteilen das ‚Streben nach dem schnellen Geld‘ (...) und unterstreichen, Klimapolitik und der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen müssten sozialverträglich gestaltet werden.“ (Reusch, 2020, S. 41; vgl. auch Fridays for Future, 2020) Grundsätzlich wird der zugrunde liegende Widerspruch zwischen dem kapitalistischen Wachstumszwang und ökologischer Wertzerstörung von FFF erkannt, doch setzte die deutsche FFF-Sektion mit der konkreten Forderung einer CO₂-Bepreisung von 180 Euro pro ausgestoßene Tonne hauptsächlich auf Marktmechanismen zur Überwindung der Klimakrise. Ein politischer Gesamtplan existiert bisher nicht.

Während sich die Klimakrise u. a. innerhalb des neuerlichen Aufbegehrens der weltweiten Ökologiebewegung ausdrückt, ist es das diskursiv getragene Bild der FFF-Bewegung, welches „die Jugend“ kurzerhand als deren symbolischen Vorreiter stilisiert. Das zuletzt von der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (für den deutschschweizer Raum) vorgestellte Wort des Jahres 2019 „Klimajugend“ (ZHAW, 2019) manifestiert auch semantisch jenes Narrativ. Doch es sollte mit Skepsis betrachtet werden, ob es in der Jugend tatsächlich konvergierende Einstellungen hinsichtlich der Klimakrise gibt; Auszubildende sind anders vom gesellschaftlichen Umgang mit der Krise betroffen als Schüler*innen und Studierende.

Erste Zwischenergebnisse einer Befragung

Diesem Problem sind wir in einer eigenen, noch un abgeschlossenen Erhebung genauer nachgegangen. Zum Thema „Jugend in der Krise“ haben wir ein Forschungsdesign angewandt, das quantitative und qualitative Befragungen mit der Methode der Teilnehmenden Beobachtung kombiniert.² Die Befragung konzentriert sich auf die politischen Einstellungen von Auszubildenden der Automobilproduzenten Opel im Werk Rüsselsheim und Volkswagen in Kassel-Baunatal (n = 216) sowie von Teilnehmer*innen der „Fridays for Future“-

2

Die quantitative Erhebung wurde mit Unipark, einer Plattform für Onlineerhebungen, durchgeführt. Die qualitativen Interviews sind aufgrund der Corona-Krise noch nicht finalisiert – wir stellen hier erste Zwischenergebnisse vor. Die hiesige Auswertung bezieht sich ausschließlich auf die erhobenen quantitativen Daten und Teilnehmenden Beobachtungen an Jugendversammlungen, der ver.di Veranstaltung „Klimabewegung und Gewerkschaften“ des Ortsvereins Darmstadt am 15. Januar 2020, einer Demonstration der Auszubildenden am 23. Mai 2019 in Wiesbaden und dem Global Climate Strike am 20. September 2019 in Darmstadt. Die Codes der Teilnehmenden Beobachtungen beginnen mit der Bezeichnung TB und enden mit DW=Demonstration Wiesbaden, vVD=ver.di Veranstaltung Darmstadt, JR=Jugendversammlung Rüsselsheim und KD=Klimastreik Darmstadt.

Demonstrationen (n = 483). Ebenso wird ihre Sichtweise auf die (Klima-)Krise untersucht. Die Erhebungen wurden bei den betrieblichen Jugendversammlungen der Auszubildenden sowie beim *Global Climate Strike* am 20. September 2019 in Darmstadt durchgeführt. Das Erhebungsdesign beansprucht keine Repräsentativität, da es mit Blick auf FFF keine Daten über die Grundgesamtheit der Samples gibt. Dennoch erlauben es die für eine quantitative Erhebung vergleichsweise hohen Fallzahlen, insgesamt recht präzise analytische Schlüsse zu ziehen und generalisierbare Aussagen zu treffen. Die ersten hier vorgestellten Zwischenergebnisse werden anhand von drei Thesen diskutiert:

Repräsentationsthese: Sowohl Fridays for Future als auch Auszubildende aus der Automobilindustrie sehen sich in einer postdemokratischen Krise der politischen Repräsentation.

Ambivalenzthese: Zwar vertritt Fridays for Future sozialkritische Positionen, jedoch erzeugen inhaltliche Ambivalenzen, differierende Akzentuierungen und Perspektiven der Klimakrisenbearbeitung ungelöste Spannungen innerhalb der basisdemokratischen Bewegung.

Friktionsthese: Trotz vieler Gemeinsamkeiten in der Perzeption³ der (Klima-)Krise ist Fridays for Future nicht der Stellvertreter für die politischen Interessen „der Jugend“. Am Konfliktherd um Beschäftigungssicherung spalten sich die Belange der befragten Jugendgruppen.

Krisenerfahrungen in der Ausbildung

Gerade Auszubildende der Automobilindustrie sind von tiefen strukturellen Umbrüchen betroffen und befinden sich in einer eigenen, den Arbeits- und Ausbildungsplatz betreffenden Krise. Die klimapolitischen Forderungen von FFF, insbesondere Kritik am Verbrennungsmotor sowie am motorisierten Individualverkehr, betreffen sie ebenso sehr wie die akute (digitale) Transformation der Industrie, verbunden mit der Umstellung auf Elektro-Antriebe für Kfz, betrieblichen Umstrukturierungen, Auslagerungen und Arbeitsplatzabbau.⁴ Und in der Tat, erste Studien weisen darauf hin, dass der Abbau von Arbeitsplätzen im Zuge der Elektrifizierung der Automobilindustrie dramatisch sein könnte. Die *Elab 2.0 Studie* des Fraunhofer Instituts prognostiziert einen Stellenabbau in der Kernindustrie von ca. 100.000 Arbeitsplätzen (Bauer et al., 2018, S. 58f.). Alleine der Volkswagen-Konzern hatte bis Ende des Jahres 2019 23.000 Stellen⁵ gestrichen (MDR, 2019). Beim in die Befragung einbezogenen VW-Werk Kassel-Baunatal stehen 4.000 Stellen zur Disposition. Neben dem akuten Transformationsdruck verspürt der Volkswagen-Konzern außerdem die Folgen des selbstverschuldeten Diesels-

³ „Perzeption“ meint hier die selektiv-subjektive Bestandsaufnahme und zudem auch unbewusste und emotionale Vorgänge des Empfindens, die über die reine Wahrnehmung hinausgehen.

⁴ Heute hat sich die Lage durch die Corona-Pandemie extrem verschärft. Zum Zeitpunkt der Erhebung war dies noch nicht der Fall.

⁵ Zwar ist geplant, gleichzeitig 9.000 Stellen aufzubauen, jedoch bedeutet dies immer noch ein Nettoverlust von 14.000 Stellen.

kandals, der ihn, abgesehen von dramatischen Imageeinbußen, nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur jährlich 1,9 Milliarden Euro kostet.

Für die Auszubildenden bei Opel in Rüsselsheim verschärft sich die Krisenerfahrung: Seit der amerikanische Automobilkonzern General Motors Opel im Jahr 2017 an den französischen Mutterkonzern Group Peugeot Société Anonyme (PSA) verkauft hat, ist der von 1999 bis 2017 rote Zahlen schreibende Automobilhersteller einem bis dato andauernden Sanierungsregime unterworfen. Gab es bei der Übernahme noch rund 19.000 Beschäftigte bei Opel, so haben seit Mitte 2018 6.800 Beschäftigte einem vorzeitigen „sozialverträglichen“ Ausstieg zugestimmt (Stahn, 2020, S. 57). Insbesondere das Stammwerk Rüsselsheim erlebt zahlreiche Abbaumaßnahmen und Ausgliederungen. So ist das Entwicklungszentrum ITEZ größtenteils in den Entwicklungsdienstleister Segula Technologies ausgegliedert worden – inklusive Auftragsgarantie und einer Mitgift von 300 Millionen Euro. In einem Drei-Phasen-Programm wechselten 700 Ingenieur*innen zu Segula; 1.400 wählten eine Abfindung (ebd.).

Aufgrund der Elektrifizierung sowie schon länger vorhandener Überkapazitäten, verstärkt durch die Fusion mit Fiat-Chrysler, wird der rigorose Arbeitsplatzabbau bei Opel fortgesetzt. Laut einem am 13. Januar 2020 bekannt gewordenen „Eckpunktepapier“ sollen bis Ende 2021 weitere 2.100 Stellen vernichtet werden; im Gegenzug verspricht der Konzern eine Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen bis 2025. Werden mehr als 2.100 Stellen abgebaut, wird der Kündigungsschutz bis 2027 ausgeweitet. Für mehr als 3.100 Stellen bietet der Konzern eine Verlängerung bis 2029. „Das ermöglicht der Geschäftsführung die Streichung von bis zu 4.100 Arbeitsplätzen – die Zustimmung des Betriebsrats und genügend ‚Freiwillige‘ vorausgesetzt.“ (Ebd., S. 58) Nach dieser Rechnung hätte PSA die Opel-Belegschaft innerhalb von vier Jahren halbiert. Mit dem Wegfall der Zafira-Produktion befindet sich das Stammwerk in Rüsselsheim seit dem 1. Oktober 2019 in Kurzarbeit und produziert lediglich noch das Modell Insignia – dessen Absatz dramatisch eingebrochen ist. Zwar hat das Werk unter enormen Zugeständnissen die Zusage für den neuen Astra bekommen, allerdings läuft dessen Produktion erst 2021 schrittweise an.

In der Rüsselsheimer Lehrwerkstatt planten die PSA-Konzernführung und Unternehmensleitung im Zuge der Sparmaßnahmen eine drastische Reduktion der neuen Ausbildungsjahrgänge: Von bisher 184 Ausbildungsplätzen pro Lehrjahr sollten zunächst gar keine, später noch 60 übrigbleiben. Dagegen demonstrierten am 23. Mai 2019 die Auszubildenden und deren Vertreter*innen unter dem Slogan „Über 150 Jahre Tradition braucht über 150 Azubis!“ vor dem hessischen Landtag (TB-DW). Die Demonstrierenden forderten die anwesenden Fraktionsvertreter*innen zur Unterstützung auf – der Antrag „Gute Ausbildung bei Opel erhalten“ der Fraktionen *Die Linke* und *SPD* wurde im Landtag dennoch abgelehnt. Energiischer Druck der Auszubildenden auf die Unternehmensleitung konnte in den Verhandlungen um den Astra immerhin erreichen, dass die jährliche Einstellung von 120 Auszubildenden bis einschließlich 2022 zugesichert wurde. Im Gegenzug verzichtete die Belegschaft auf das tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG), und das „Freiwilli-

genprogramm“ zum weiteren Arbeitsplatzabbau wurde wieder aufgenommen. Dadurch wird die Belegschaft jünger und kostengünstiger. In der Verhandlung um das „Eckpunktepapier“ konnten die IG Metall und der Betriebsrat eine Übernahmegarantie für die derzeit 300 Auszubildenden in Rüsselsheim erreichen. Dennoch sind die Ausbildungsbedingungen durch permanenten Rationalisierungsdruck, Kurzarbeit und eine Atmosphäre der Angst und Intransparenz belastet.

Sozialer Protest und die Krise der Demokratie

Eine allgemeine Zunahme sozialer Bewegungen und Proteste sowie deren Forderungen zeugen von einer Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik und einer Krise der politischen Repräsentation (Deppe, 2019, S. 15 ff.). Bereits 2004 legte Colin Crouch mit seinem Essay *Post-Democracy* eine Zeitdiagnose vor, welche die Aushöhlung und Entwertung des parlamentarischen Repräsentativsystems beschreibt. Mit dem Begriff „Postdemokratie“ bezeichnet er „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. (...) Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch, 2008, S. 10) Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die ungezügelter Dominanz privatkapitalistischer Wirtschaftsinteressen bis hin zu einem „autoritären Kapitalismus“ (Deppe, 2013), die sich in der Ausweitung wirtschaftslobbyistischer Spielräume und einer Form der Politik ausdrückt, die auf staatlich-regulative Interventionen in die kapitalistische Ökonomie weitestgehend verzichtet (Crouch, 2008, S. 10). Grundsätzlich ist die Kulisse einer funktionierenden Demokratie formell intakt, jedoch nimmt der *demos* nur noch eine schwache Position ein.

Seit der erstmals 2004 erschienenen englischen Ausgabe seiner postdemokratischen Zeitdiagnose haben sich die in Crouchs Analyse ausgemachten Symptome radikalisiert, so dass die Krise der Demokratie längst zum Thema politischer und wissenschaftlicher Debatten geworden ist. Fraser (2019) stimmt Crouch zu und spricht ebenfalls von einer Krise der Demokratie, sucht deren Ursachen jedoch nicht ausschließlich im Politischen, sondern beleuchtet deren Verankerung in einer gesellschaftlichen Matrix (ebd., S. 77). Die Demokratische Krise bildet „eine Dimension einer größeren, weiterreichenden Krise, die noch andere Dimensionen umfasst – ökologische, ökonomische und soziale.“ (Ebd.) Sie ist die Gestalt, die der immanente politische Widerspruch des Regimes des (globalisierten, finanzialisierten) Kapitalismus – die institutionalisierte gesellschaftliche Ordnung – annimmt (S. 79 ff.). „In diesem Regime [dem finanzialisierten Kapitalismus, d. A.] haben Zentralbanken und globale Finanzinstitutionen die Nationalstaaten als Lenker einer zunehmenden globalisierten Ökonomie abgelöst. Sie und nicht die Staaten sind es, die jetzt die Regeln für die zentralen Beziehungen der kapitalistischen Gesellschaft bestimmen: die zwischen Arbeit und Kapital,

Bürger*innen und Staat, Zentrum und Peripherie und – entscheidend für sie alle – die zwischen Schuldner und Gläubigern.“ (Ebd., S. 92) Daraus ergibt sich ein doppeltes Dilemma, da erstens die staatlichen Institutionen als ehemalige Ansprechpartner der Bürger*innen nur noch eingeschränkt in der Lage sind, deren Probleme zu lösen oder Bedürfnissen nachzukommen; zweitens sind Zentralbanken und globale Finanzinstitutionen „politisch unabhängig, das heißt der Öffentlichkeit nicht rechenschaftspflichtig und frei“ (ebd., H.i.O.). Außerdem übersteigen globale Probleme wie der Klimawandel die Kompetenzen öffentlicher Gewalten, die ohnehin den globalen Finanzströmen und transnationalen Konzernen unterlegen sind (ebd., S. 92 f.). Fraser zeigt damit die Verbindung des finanzierten Kapitalismus mit der postdemokratischen Entwicklung auf.

Die Zunahme sozialer und politischer Proteste steht nicht im Widerspruch zu Crouchs Analyse. Zwar ist sie Crouch zufolge Ausdruck einer starken liberalen Gesellschaft, jedoch nicht einer starken Demokratie: „Demokratie erfordert ein gewisses Maß an Gleichheit, was die tatsächlichen Möglichkeiten aller Bürger angeht, auf die politischen Entscheidungen einzuwirken. Der Liberalismus dagegen setzt auf freie, vielfältige und weitreichende Möglichkeiten, die Ergebnisse politischer Prozesse zu beeinflussen.“ (Crouch, 2008, S. 26) Die Ressourcen und Möglichkeiten, die einzelnen Gruppen zur Verfügung stehen, variieren massiv. Crouch verdeutlicht dies am Beispiel der Parteienfinanzierung: Parteien, die über großzügige finanzielle Mittel verfügen können, um sich z. B. für vermögende Interessengruppen stark zu machen, nehmen in Wahlkämpfen eine privilegierte Position ein (ebd., S. 27). Soziale Bewegungen wie FFF – die nicht über solche finanziellen Mittel verfügen – müssen hingegen auf möglichst große öffentliche Resonanz setzen und mit dem Rückgriff auf „Diskursmacht“ (Arbeitskreis Strategic Unionism, 2013) Parteien und Adressaten ihrer Forderungen unter wahl- und medientaktischen Aspekten zur Reaktion bewegen (Reusch, 2020, S. 40). Doch auch unabhängig von finanziellen Aspekten haben verschiedene Gruppen nicht die gleichen Möglichkeiten und Ressourcen, politischen Einfluss zu nehmen. Während FFF mit dem unkonventionellen Mittel des Schulstreiks – eine Art Verweigerung der Reproduktion ihres gesellschaftlichen „Humankapitals“ (TB-vVD) – ihren Forderungen Nachdruck verleiht, blockiert das Verbot des politischen Streiks die außerbetriebliche Interessenartikulation von Lohnabhängigen.

Die unterschiedlichen Möglichkeiten demokratischer Partizipation am politischen System bestimmen die Chancen, die Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse (Policy-Output) zu beeinflussen. So zeigt etwa Lea Elsässer (2018), dass die subalternen Klassen im Vergleich zu privilegierten Klassen nur sehr geringen Einfluss auf diesen Policy-Output haben (ebd., S. 120 ff.). Zudem ist der tatsächliche Policy-Output ebenfalls klassenspezifisch gefärbt: Insbesondere im Feld der Arbeits- und Sozialpolitik sind die Kenntnissnahme („Responsivität“) und Repräsentation der unteren Klassen verzerrt (ebd., S. 160–165). So kann konstatiert werden, dass der Bundestag innerhalb der letzten 30 Jahre größtenteils politische Entscheidungen getroffen hat, die nicht den Interessen kulturell und materiell schlechter gestellten Menschen entsprechen (ebd., S. 175).

Perzeptionen der (Klima-)Krise

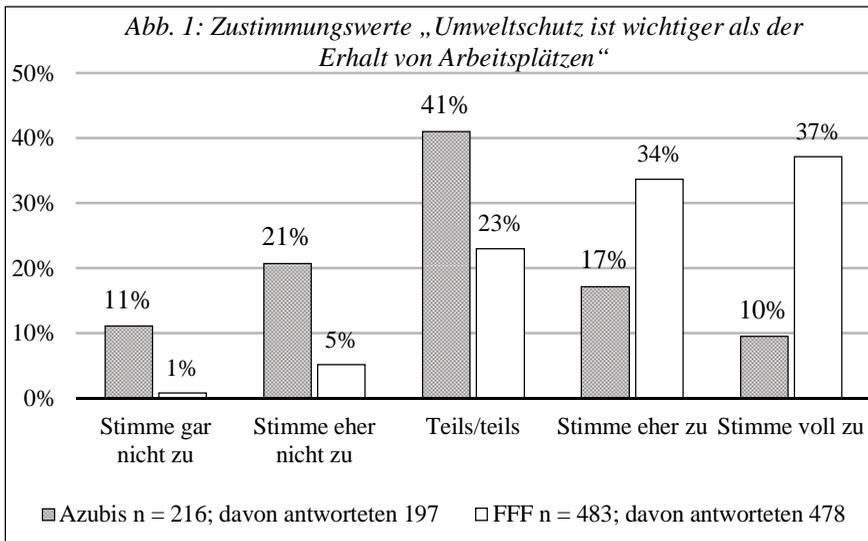
Der angestrebte Vergleich zwischen „Fridays for Future“ und den Auszubildenden in der Automobilindustrie ermöglicht es, das jeweilige Krisenempfinden zu kontrastieren und die Wahrnehmung politischer Partizipation auf Momente der Postdemokratie zu untersuchen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen können Kooperationspotenziale abgeleitet werden. Von uns ebenfalls erhobene sozialstrukturelle Zusammenhänge ermöglichen einen noch differenzierteren Blick, können hier aus Platzgründen aber nicht ausführlich referiert werden. Dennoch lohnt es, einige zentrale Ergebnisse anzuführen.

Schaut man vorerst auf die Altersverteilung der beiden Gruppen, lässt dies eine deutlich jüngere FFF-Sektion erkennen: 24,8 Prozent der Klimademonstrant*innen sind gegenwärtig unter 18 Jahren, die Auszubildenden dagegen nur zu knapp unter drei Prozent. Der größte Teil beider Untersuchungsgruppen befindet sich zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr (FFF = 37 Prozent, Azubis = 54,6 Prozent). Während an der FFF-Erhebung 56 Prozent Frauen und 44 Prozent Männer teilnahmen, verweisen die Daten der Erhebung im betrieblichen Ausbildungszentrum auf einen klaren Überhang an Männern (74 Prozent, Frauen 26 Prozent). Hinsichtlich des Bildungsstandes ist auffällig, dass die FFF-Demonstrant*innen aktuell einen insgesamt hohen Bildungsabschluss anstreben: 38 Prozent haben das Abitur im Blick, 35,1 Prozent gehen auf den Bachelor-Abschluss zu. Der höchste zurückliegende Bildungsabschluss der Auszubildenden ist zu 41 Prozent das Abitur, gefolgt von der Mittleren Reife (29,7 Prozent) und der Fachhochschulreife (23,6 Prozent).

Die Auswertung der Frage „Wie wichtig sind Dir folgende Themen?“ lässt ein klares Meinungsbild der Befragten erkennen: Die Klimakrise dominiert hierbei freilich die relevanten politischen Topoi der FFF. Aber auch die Auszubildenden sehen in ihr und im anhaltenden gesellschaftlichen Diskurs um die Forderung nach Klimagerechtigkeit einige Bedeutung. Sozialpolitische Themen wie Bildung, Rassismus oder Infrastruktur sind für sie ähnlich zentral. Während die junge Ökologiebewegung also die Klimakrise als eine der komplexesten Krisen der Menschheitsgeschichte skandalisiert, ist deren gesellschaftliche Bearbeitung für die Auszubildenden eine unter vielen wichtigen Aufgaben. Entscheidend ist jedoch die Erkenntnis, dass der Fokus beider Gruppen insgesamt auf denselben politischen Themen liegt: Klimakrise, Bildung, Rassismus, Infrastruktur sowie die Armuts- und Reichumsverteilung sind Kernthemen ihrer politischen Interessen.

Die undifferenzierte mediale Bezugnahme auf die „Klimajugend“ suggeriert fälschlicherweise deren Homogenität und verdeckt die Unterschiede zwischen den Interessen der hier untersuchten Gruppen – damit wird v. a. die sozialstrukturelle Gebundenheit ihrer jeweiligen Belange übertönt. Besonders veranschaulichen das die Zustimmungsergebnisse für das Statement: „Umweltschutz ist wichtiger als der Erhalt von Arbeitsplätzen“ (Abb. 1). Während 33,7 Prozent bzw. 37,2 Prozent der jungen Klimademonstrant*innen dieser Aussage eher bzw. voll zustimmen, also insgesamt 70,9 Prozent, sind es die Auszubildenden, die sich akut wie künftig von den tiefen strukturellen Umbrüchen einer ökologi-

schen Transformation betroffen sehen: Der hohe Zustimmungswert der mittleren Kategorie „teils/teils“ (41,1 Prozent) lässt erkennen, dass die jüngsten Erfahrungen der anhaltenden Transformationskrise in der Automobilindustrie erhebliche Dissonanzen hinsichtlich des als richtig empfundenen Umgangs mit der Klimakrise produzieren. Die Auszubildenden erkennen ihre politische Bedeutung ebenso sehr, wie sie sensibel für die sozialen (oder ganz persönlichen) Folgen einer neuen Klimapolitik sind: konkret bedeutet das eine Bedrohung ihrer Arbeitsplätze. Die Abwehr des Klimawandels steht für die FFF-Aktivist*innen im Vordergrund. Zur Lösung des Problems sehen sie aber andere in der Pflicht, vor allem die Politik. Was für die Auszubildenden perspektivisch notwendig scheint – eine umfängliche soziale Kompensation der ökologischen Transformation –, wird von den Klimademonstrant*innen zwar zugestanden, jedoch dem Primat der Umsetzung ihrer Klimaforderungen untergeordnet. Nicht zuletzt aus diesem Grund stoßen die Forderungen von FFF bei der Mehrheit der lohnabhängig Beschäftigten nur begrenzt auf Resonanz, teilweise auf Skepsis (TB-JR). Umgekehrt sind auch die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Kämpfe und das Verständnis dafür in der jungen Ökologiebewegung weiterhin schwach. In Rekurs auf die eingangs postulierte *Friktionsthese* kann konstatiert werden, dass FFF mitnichten als Stellvertreter politischer Interessen und Forderungen der vermeintlich homogenen Jugend begriffen werden darf. Zwar liegt der Fokus der befragten Jugendgruppen auf den gleichen politischen Themen, jedoch zeigt sich deren Heterogenität und divergierende Interessen am Konfliktherd um Beschäftigungssicherung.



Die Folgen einer veränderten Klimapolitik werden demnach ungleich gesehen. Einig sind sich Auszubildende und FFF-Aktivist*innen jedoch hinsichtlich getroffener Schuldzuschreibungen: Unisono attestieren sie Großkonzernen, der

„Politik“ und dem Lebensstil der Bevölkerung viel oder gar sehr viel Schuld an der Klimakrise. Großkonzerne benennen sie als zentral verantwortlich. Übereinstimmend nehmen beide befragte Gruppen die ungleich verteilte gesellschaftliche Macht wahr: Großkonzerne werden als die mächtigsten gesellschaftlichen Akteure gesehen; im Durchschnitt sprechen ihnen beide Gruppen „viel Macht“ zu. Im Ranking folgen Medien – dann erst Parteien. Ihre eigenen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Einflussnahme schätzen sie wesentlich geringer ein. In Summe konvergiert die Bewertung der Befragten mit dem von Crouch postulierten Machtdifferential einer Postdemokratie.

Gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem bringen die Befragten ein grundsätzliches Misstrauen zum Ausdruck: 53,5 Prozent der FFF-Aktivist*innen und 42,9 Prozent der Auszubildenden gaben an, diesem „wenig Vertrauen“ entgegenzubringen; 39,4 Prozent der Klimademonstrant*innen und 33,7 Prozent der Auszubildenden antworteten mit „teils/teils“. Erkennbar wird eine fundamental sozialkritische Einstellung, die zwar beiden Gruppen attestiert, deutlicher aber den befragten Klimademonstrant*innen zugesprochen werden kann. Das gemessene Misstrauen verweist mit Blick auf das Antwortverhalten der Occupy-Bewegung aus der Studie von Brinkmann, Nachtwey & Décieux (2013, S. 24) auf eine hohe Kontinuität kapitalismuskritischer Einstellungen.

Die Ergebnisse machen es möglich und zugleich notwendig, bisher ungelöste Spannungen innerhalb von „Fridays for Future“ empirisch fundiert zu thematisieren. So kritisiert die Bewegung zwar lautstark die politisch und ökonomisch Mächtigen, doch drückt sich ihr basisdemokratisches Selbstverständnis in einer Fülle von heterogenen Positionen und teilnehmenden Gruppierungen aus. Der eskalierende Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktions- und Konsumtionsweise und ihrer Naturbasis wird zwar grundsätzlich von einem Gros der Teilnehmer*innen erkannt, aber über ganz unterschiedliche Akzentuierungen und Perspektiven bearbeitet. Kapitalismuskritische Gruppierungen (wie beispielsweise „Change for Future“) verstehen die beständige Inwertsetzung von Natur und den expansiven Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, die unentwegt von Gebrauchswerten abstrahiert, als *die* gesellschaftlichen Destruktivkräfte. Doch sind diese Gruppen in der Minderheit. Andere – und das scheint ein Grundtenor bei öffentlichen Veranstaltungen zu sein (TB-KD) – sehen individuelles Umsteuern gefragt. Die Vorstellung, Klimaschutz sei vor allem eine Frage des Bewusstseins und in Konsequenz schließlich des Lebensstils, zeichnet sich in den Daten klar ab.

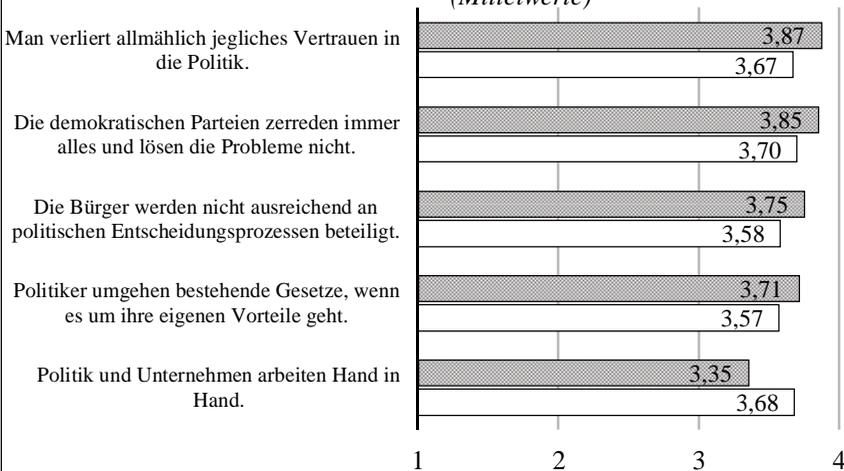
Für FFF kann mit Blick auf die *Ambivalenzthese* eine inhaltliche Spannung zwischen Kapitalismus- und Konsumkritik konstatiert werden, deren Austragung lediglich über einen internen programmatischen Konflikt möglich ist. Er wird schließlich darüber entscheiden, inwieweit man das ökonomische System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich macht. Diejenigen Klimaaktivist*innen, die sich, und wenn auch bloß akut, Marktmechanismen zur Lösung der Klimakrise bedienen wollen, sind damit ein Symptom der unaufgelösten Ambivalenzen innerhalb der Bewegung. Schließlich müssen aber auch die

zentralen Gemeinsamkeiten der FFF mit den Auszubildenden betont werden: Die Schuld an der gegenwärtigen Klimakrise wird bei denselben gesellschaftlichen Akteuren verortet, soziale Machtverhältnisse werden in gleicher Weise erkannt.

Politische Repräsentation in der Postdemokratie?

Mit Blick auf Crouchs Zeitdiagnose unterscheiden sich die befragten Gruppen hinsichtlich ihres Vertrauens in das demokratische System. Während das Gros von FFF der parlamentarischen Demokratie „viel Vertrauen“ entgegenbringt (57,9 Prozent), ist die Einschätzung der Auszubildenden gespalten. Gerade einmal 32 Prozent haben „viel Vertrauen“ in die Demokratie, 32,5 Prozent bringen hingegen „wenig Vertrauen“ auf und 35,5 Prozent antworteten mit „teils/teils“. Während das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie aber immerhin noch recht groß ist, zeichnet sich ein krasses Misstrauen in die Handlungsfähigkeit von Politiker*innen ab: Lediglich 5 Prozent der FFF-Demonstrant*innen und 6,4 Prozent der Auszubildenden gaben an, „viel Vertrauen“ in das Handeln von demokratisch gewählten Politiker*innen zu haben. Demgegenüber besteht bei 72,7 Prozent der Klimademonstrant*innen und 73,4 Prozent der Auszubildenden „wenig Vertrauen“. Die Wahrnehmung der befragten Gruppen deckt sich auch hier mit Crouchs theoretischer Analyse: Die Bühne der Demokratie ist zwar weiterhin bespielbar, doch den Akteur*innen wird politisches Versagen in Form von Misstrauen attestiert. Die Zustimmungsergebnisse der folgenden Aussagen (alle Statements wurden nach Brinkmann, Nachtwey & Décieux [2013] anhand der Postdemokratie-These operationalisiert) untermauern die postdemokratischen Erosionserscheinungen (Abb. 2). Auch hier konvergieren die Ergebnisse weitgehend mit den Zustimmungswerten der Occupy-Bewegung (ebd., S. 23).

Abb. 2: Zustimmungswerte zu postdemokratischen Aussagen (Mittelwerte)



Skala:

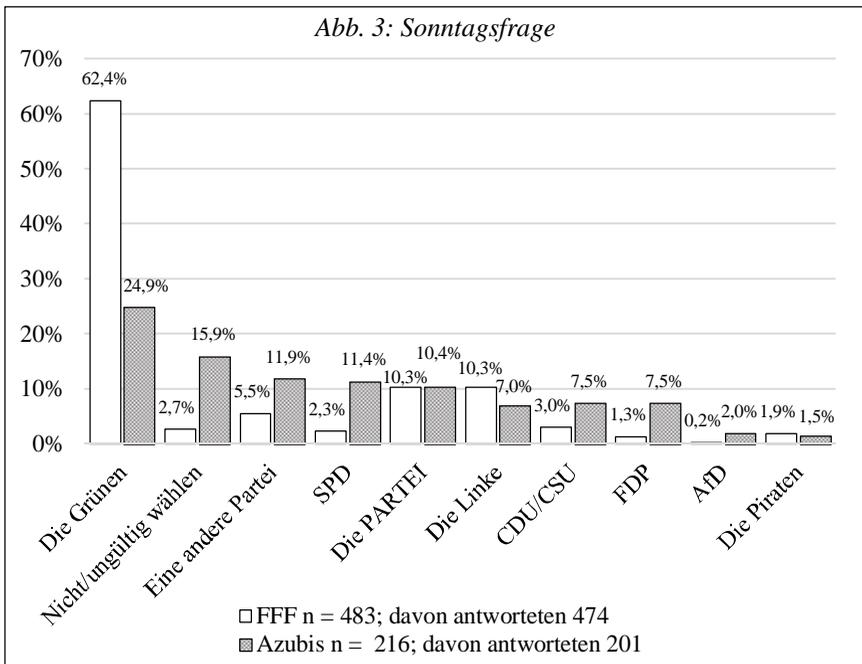
5 = Stimme voll und ganz zu

1 = Stimme überhaupt nicht zu

■ Azubis n = 216; davon antworteten 203

□ FFF n = 483; alle antworteten

Die subjektive Entfremdung der Befragten von Politiker*innen und Parteien spiegelt sich in den Ergebnissen der Sonntagsfrage⁶ wider (Abb. 3). Während *Die Grünen* von 62,4 Prozent der FFF-Aktivist*innen gewählt werden würden, kommen die Parteien der Großen Koalition zusammen auf gerade einmal 5,3 Prozent und würden den Einzug in den Bundestag nicht erreichen. *Die Linke* sowie *Die PARTEI* teilen sich den zweiten Platz mit jeweils einem Stimmenanteil von 10,3 Prozent. Besonders deutlich zeichnet sich der postdemokratische Vertrauensbruch im Wahlverhalten der Auszubildenden ab: Zwar würden 24,9 Prozent von ihnen *Die Grünen* zur stärksten Partei wählen – und das trotz antizipierter persönlicher Folgen einer neuen Klimapolitik. Doch dem Großteil von 38,2 Prozent mangelt es an politischen Alternativen: Trotz konstatierten politischen Interesses und gewerkschaftlichen Engagements würden 15,9 Prozent nicht oder ungültig wählen. 22,3 Prozent drücken ihr Empfinden mangelnder politischer Repräsentation durch die Wahl einer anderen, nicht-etablierten Kleinpartei aus; hierbei würden 10,4 Prozent der Befragten *Die PARTEI* wählen. Mit 7 Prozent läge *Die Linke* 2,2 Prozent unter ihrem letzten Bundestagswahlergebnis. Dies deutet darauf hin, dass ihr die Verknüpfung der sozialen und ökologischen Frage bisher nicht ausreichend gelungen ist und es an einer direkten Bezugnahme auf Auszubildende mangelt.



⁶ Zum Vergleich die Ergebnisse der Sonntagsfrage für die Gesamtbevölkerung vom 20.09.2019: *Union* 27 Prozent, *SPD* 14 Prozent, *AfD* 14 Prozent, *FDP* 8 Prozent, *Die Linke* 8 Prozent, *Grüne* 23 Prozent, Sonstige 6 Prozent (Infratest dimap, 2020).

Sowohl FFF als auch die Auszubildenden sind nicht apolitisch, im Gegenteil: Soziale Proteste, gewerkschaftliches Engagement und Streiks zeugen von ihrem Streben nach politischer Partizipation – sei es in Auseinandersetzung mit der Klimafrage oder einschneidenden strukturellen Umbrüchen sowie betrieblichen Rationalisierungsoffensiven. Brinkmann, Hassan-Beik & Zappino (2020) kommen in ihrer empirischen Befragung von engagierten Gewerkschafter*innen zu demselben Ergebnis: In deren Erhebung lässt sich ebenfalls eine ausgeprägte Krise der politischen Repräsentation ausmachen, die keine Politikverdrossenheit als solche, sondern konkret eine Verdrossenheit mit der vorfindbaren Politik darstellt (ebd., S. 102 ff.). Das soziale Aufbegehren der befragten Jugendgruppen ist demnach keine *Creatio ex nihilo*, sondern trägt die Inschrift der demokratischen Krise. Nicht nur, dass die Ressourcen und Möglichkeiten zum sozialen Protest ungleich verteilt sind, auch die daraus hervorgehenden Forderungen stoßen auf taube Ohren im ausgehöhlten (post-) demokratischen Gebäude. Die befragten Jugendlichen teilen die Erfahrung, dass die globalen ökonomischen Interessen des Kapitals eine Vormachtstellung einnehmen sowie den Imperativ politischen Handelns diktieren und gleichzeitig die Demokratie als solche usurpieren. Das untermauert die zuvor aufgestellte *Repräsentationsthese*.

Trotz sozialstruktureller Unterschiede und differenter (Klima-)Krisenperzeption verweisen die Erhebungsdaten auf viele Gemeinsamkeiten beider Gruppen. Beide sind an ähnlichen politischen Themen interessiert, äußern hinsichtlich der Klimakrise die gleichen Schuld- und Machtzuschreibungen und weisen die gleichen postdemokratischen Einstellungsmuster auf. Ebenso kann beiden Gruppen ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Kapitalismus und die Bereitschaft zu politischem Engagement attestiert werden. Diese Schnittmenge von gleichen oder ähnlichen Wahrnehmungen bietet – unter Voraussetzung gegenseitigen Verständnisses – Anknüpfungspunkte zur Forcierung neuer zivilgesellschaftlicher Machtpotenziale. Erst eine Allianz aus sozialen Bewegungen im gesellschaftlichen Raum und betrieblich Beschäftigten sowie deren Interessenvertreter*innen ermöglicht die Erschließung von „Kooperationsmacht“ (Arbeitskreis Strategic Unionism, 2013). Die FFF-Bewegung hat zwar die Moral und den politischen Diskurs auf ihrer Seite, doch ist sie im Konflikt mit Konzernen um deren beständige Inwertsetzung der Natur und Externalisierung von Kosten auf starke Verbündete im Betrieb angewiesen. Dafür gilt es zu unterstreichen: Die Klimafrage darf nicht auf Kosten der Lohnabhängigen bearbeitet werden. Ebenso benötigen Gewerkschaften in tariflichen Auseinandersetzungen zur Transformation und Sicherung bedrohter Arbeitsplätze und Einkommen gesellschaftlichen Rückhalt: Praktizierte Solidarität von und mit FFF schafft höhere Legitimität von Forderungen nach Arbeitsplatzertand und tariflicher Absicherung im gesellschaftlichen Diskurs. Die Klimakrise darf kein Spaltkeil sein, sie ist gesellschaftlicher Imperativ. Ihre nachhaltige Bearbeitung benötigt Solidarität, gemeinsame Konzepte und ausreichend Kooperationsmacht – vor allem im Kontext postdemokratischer Klassenpolitik.

Literatur

Arbeitskreis Strategic Unionism. (2013). Jenaer Machtressourcenansatz 2.0. In: S. Schmalz

- & K. Dörre (Hrsg.), *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven* (S. 345–375). Frankfurt am Main.
- Bauer, W. Riedel, O. Herrmann, F. Borrmann, D. Sachs, C. Schmid S. & Klötzke M. (2018). *ELAB 2.0 Wirkungen der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung am Standort Deutschland. 2. Auflage*. Stuttgart: Fraunhofer IAO. Abruf unter: http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn_nbn_de_0011-n-5313834.pdf
- Brinkmann, U. Nachtwey, O. & Décieux, F. (2013). *Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste*. Otto-Brenner-Stiftung: Frankfurt am Main.
- Brinkmann, U. Hassan-Beik, M. & Zappino, L. (2020). *Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung*. Hamburg.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.
- Deppe, F. (2013). *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- Deppe, F. (2019). *Überlegungen zum Charakter der politischen Krise*. In *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (117). S. 15–35.
- Elsässer, L. (2018). *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt am Main/New York.
- Fraser, N. (2019). *Die Krise der Demokratie: Über politische Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus jenseits des Politizismus*. In H. Ketterer & K. Becker (Hrsg.), *Was stimmt nicht mit der Demokratie?* (S. 77–99). Berlin.
- Fridays for Future. (2020). *Unsere Forderungen für den Klimaschutz*. Abruf unter: <https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/04/Forderungen-min.pdf>.
- Infratest dimap (2020). *Sonntagsfrage (bundeweit) vom 20.09.2019*. Abruf unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>
- Leisewitz, A. (2019). *Marx, Engels und die Klimakrise*. In *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (119). S. 37–47.
- Marx, K. (1962[1867]). *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band in Marx Engels Werke (MEW) Band 23. Berlin.
- Marx, K. (1987[1875]). *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei*. Marx Engels Werke (MEW) Band 19. Berlin.
- MDR. (2019). *Studie: E-Mobilität gefährdet 410.000 Jobs in Deutschland*. Abruf unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/wirtschaft/inland/autobranche-embilitaet-arbeitsplaetze-100.html>.
- Reusch, J. (2020). *Klimakrise, Widersprüche, schwache Akteure*. In *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (121). S. 38–51.
- Saito, K. (2016). *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Frankfurt am Main/New York.
- Stahn, P. (2020). *Opel: Mensch vor Marge? Fehlanzeige!* In *Sozialismus* (2–2020). S. 57–59.
- Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. (2019). *Wort des Jahres Schweiz 2019 ist gewählt*. Abruf unter: <https://www.zhaw.ch/storage/hochschule/medien/news/191203-mm-de-wort-des-jahres.pdf>.
- Z-Redaktion. (2020). *Die Bundesrepublik am Beginn der 20er Jahre – „Kontrollverlust“, Krisenfelder und Strategiedebatten*. In *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (121). S. 21–37.